STADT STEIN AM RHEIN

# Sitzung 02/18 des Einwohnerrates

Freitag, 6. April 2018, 20.00 – 22.15 Uhr
Bürgerasyl, Jakob und Emma Windler-Saal

---

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Vorsitz: | Derrer | Jörg | SP | Präsident |
| **Anwesend:** | <u>Einwohnerrat</u> | | | |
| | Dean Wüthrich | Cornelia | SP | |
| | Derrer | Jörg | SP | |
| | Götz | Claudio | Pro Stein | Aktuar |
| | Leu | Beat | Freie Liste | Vizepräsident |
| | Käser | Werner | FDP | |
| | Marchetto | Gian Luca | SVP | |
| | Metzger | Ruth | SVP | |
| | Ochsner | Daniel | SVP | Stimmenzähler |
| | Schäffeler | René | FDP | |
| | Vetterli | Markus | SP | Stimmenzähler |
| | Waldvogel | Marcel | parteilos | |
| | Altmann | Boris | parteilos | |
| | <u>Stadtrat</u> | | | |
| | Bandixen | Sönke | Stadtpräsident, Bildungsreferent | |
| | Sigrist | Karin | Finanzreferentin | |
| | Gemperle | Christian | Baureferent | |
| | Schnarwiler | Thomas | Werk- und Sicherheitsreferent | |
| | Ullmann | Corinne | Sozialreferentin | |
| | <u>Verwaltung</u> | | | |
| | Bühler | Ernst | Stadtschreiber | |
| | Grötchen | Robert | Weibel | |
| **Entschuldigt:** | Vetterli | Ruedi | parteilos | |
| | Spalinger | Nadja | parteilos | |
| **Protokoll:** | Goldbeck | Claudia | Protokollführerin | |

---

**Traktanden**


| | | |
|---|---|---|
| 7. | Protokollgenehmigung | |
| 8. | Postulat René Schäffeler - Parkraumplanung | 7 |
| 9. | Postulat Markus Vetterli - Immobilienstrategie | 8 |

| | | |
|---|---|---|
| 10. | Interpellation Cornelia Dean – Lohngleichheit bei städtischen Angestellten | 9 |
| 11. | Totalrevision Fondsverordnung – Antrag auf Genehmigung | 10 |
| 12. | Ersatzwahl in Kommission BLWSU – Boris Altmann, parteilos | 11 |
| 13. | Genehmigung Bauabrechnung Sanierung Strandbad, Riipark und Sanierung Grundwasserpumpwerk Etzwilen | 12 |
| 14. | Allgemeine Umfrage | 13 |


---

**Einwohnerratspräsident Jörg Derrer SP** eröffnet die Sitzung um 19.30 h. Als Weibel ist Robert Grötchen anwesend. Speziell begrüsst der Präsident das neu gewählte Mitglied Boris Altmann parteilos. Zur Protokollführung: Frau Beatrice Strasser hat per Ende März 2018 den Rücktritt gegeben. Der Einwohnerrat verdankt das Engagement und die Arbeit von Bea Strasser. Die heutige Protokollführerin ist Claudia Goldbeck.

Anwesenheitskontrolle. Anwesend. 12
Entschuldigt Ruedi Vetterli
Nadja Spalinger

Absolutes mehr ist 7
Finanzreferentin Karin Sigrist kommt später.

**Zur Traktandenliste**
Die Traktanden mit der Einladung haben die Mitglieder fristgerecht erhalten. Einwohnerratspräsident Jörg Derrer SP fragt nach Änderungsanträgen. Keine Änderungsanträge vorhanden. Die Traktandenliste wird genehmigt.– Im Weiteren gibt der Einwohnerratspräsident Jörg Derrer SP das Eintreten bekannt.
- SP - Fraktion
- Dritte Fraktion
- Bürgerliche Fraktion

**INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat** **03.20.000**

## 7. Protokollgenehmigung

Das Protokoll der Sitzung vom 16.02.2018 wird genehmigt.

**INNERES, Einwohnerrat, Vorstösse, "Postulat"** **03.20.020**

## 8. Postulat René Schäffeler - Parkraumplanung 7

**René Schäffeler FDP** erläutert das Postulat zum Thema Parkhauslösung zum jetzigen Zeitpunkt. Er erklärt, dass bis jetzt keine zufriedenstellende Lösung umgesetzt worden ist, auch betreffend Voranschlag 2018, ein Planungskredit für das Parkhaus Untertor. Dieses Investitionsvorhaben wurde vom Einwohnerrat zurück gestellt bis ein Finanzplan vorliegt und somit unter Genehmigungsvorbehalt gestellt. Das Thema steht im Widerspruch zu einer Neugestaltung des Untertores Carparking, welches ebenfalls in

diesem Voranschlag enthalten ist. René Schäffeler geht es nicht darum, Parkhausbauten um jeden Preis zu verhindern, deshalb hat er im Postulattext eine Änderung zum ersten Punkt. René Schäffeler möchte verhindern, dass es mit einer grossen Parkhauslösung zu einer Deblockade kommt in Anbetracht der Verschuldungssituation der Stadt Stein am Rhein mit Fokus auf kostengünstigere und überschaubare, im Zeitrahmen zu realisierbaren Alternativen ohne Parkhausbauten.
**René Schäffeler, FDP:** Der Stadtrat wird beauftragt, folgende Eckpunkte in die für 2018 vorgesehene Parkraumplanung und entsprechende Finanzplanung aufzunehmen.
Inhalt des Postulates:

1. Änderungsantrag von René Schäffeler, FDP: **Fokussierung auf ein Parkierungskonzept, dass nach Möglichkeit ohne den Neubau von Parkhäusern auskommt.** *Ursprünglicher Punkt 1 wurde gestrichen*. ~~Verzicht auf die Realisierung von Parkhäusern für Gäste (Dies solange sich die Verschuldungssituation der Stadt nicht wesentlich entschärft hat).~~ René Schäffeler, FDP geht es nicht um ein Verbot von Parkhäusern, es geht ihm darum, den Fokus auf Alternativen zu legen, die ohne Parkhäuser auskommt. René Schäffeler, FDP äussert grösste Bedenken an eine grosse Parkhauslösung die hauptwirtschaftlich realisiert werden kann in Stein am Rhein. Wirtschaftlichkeitsrechnungen wurden bereits gemacht damals im Projekt Untertor. Man hat gesehen, dass es sehr schwierig wäre, dies wirtschaftlich zu betreiben.
2. **Verlagerung der Carparkierung an die Peripherie**. Hier unterstützt René Schäffeler, FDP die Stossrichtung vom Stadtrat, der bereits einen entsprechenden Vorstoss gemacht hat, um die Carparkierung aus dem Stadtzentrum zu verlagern wie beispielsweise zum Forstamt oder andere Möglichkeiten an der Peripherie. Aus Sicht René Schäffeler, FDP steht dies im Widerspruch des Entscheides vom Einwohnerrat vom Dezember 2017, so dass dieser Punkt zurückgestellt werden kann. Aus seiner Sicht hat der Einwohnerrat inhaltlich keine Stellungnahme zu den einzelnen Vorlagen, die aus finanziellen Aspekten zurückgestellt sind.

3. **Optimierung der Autoparkierung auf den oberen Obstmarkt**. René Schäffeler, FDP ist überzeugt, dass man den oberen Obstmarkt viel besser nutzen kann, wenn man die Parkplätze für Cars dort wegbringt und anstelle Parkmöglichkeiten für Gäste realisiert.

4. **Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl von Mietparkplätzen für Altstadtbewohner und Parkplätzen auf Vor der Brugg**. René Schäffeler, FDP weiter: Mietparkplätze für Altstadtbewohner, die ja in der Altstadt selber wenig Parkplätze zur Verfügung haben, um ihre Autos zu parkieren ist ein zentrales Thema. Ca. 170 Parkplätze stünden zur Verfügung, die erhalten, eventuell auch ausgebaut werden könnten, falls Bedarf vorhanden ist. Vor der Brugg ist deshalb wichtig, weil der Verkehr vor allem auf die Nordseite geschleust wird, die Gäste von ausserhalb jedoch ausschliesslich von der Südseite anreisen und dort zu wenig Parkierungsmöglichkeiten vorfinden.

5. **Realisierung eines vereinfachten Parkierungsleitsystemes.** René Schäffeler, FDP erklärt, hier soll es nicht um ein aufwendiges Leitsystem handeln, sondern um eine einfache Lösung, die den Anreisenden hilft, auf grössere Parkplätze geleitet zu werden. Die wichtigsten Anforderungen sind seit längerem bekannt. Wie bereits genannt, wurde die Carparkierung, Mietparkplätze für Anwohner sowie Parkplätze südlich vom Rhein aufgenommen.

Mit Unterstützung des Postulates wird erreicht, in eine realistische und kostengünstige Richtung zu planen sowie dass die Parkplatzkommission, die vom Stadtrat eingesetzt worden ist auch aus dem Einwohnerrat gewisse Neugedanken bekommen in welche Richtung sich die Planung bewegen soll.

**Stadtpräsident Sönke Bandixen**: Er gratuliert zuerst dem neuen Mitglied des Einwohnerrates Boris Altmann. Der Stadtrat freut sich auf eine angenehme Zusammenarbeit und wünscht Herr Altmann Glück für das Amt.

Zum Postulat René Schäffeler: Die Parkraumplanung ist wie vom Postulent selbst erwähnt, ein Anliegen des Stadtrates, die in den Legislaturschwerpunkten sowie in den Legislaturzielen relativ detailliert dargestellt sind, da es eines der wichtigen Lösungen ist, die die Stadt benötigt, damit man das Problem an die Oberfläche bringen kann. Allerdings ist es nicht einfach dies umzusetzen, weil das Problem der Finanzierung letztlich ein grosses Hindernis darstellt.
**Zu der Ausgangslage:** Der Stadtrat hat in der Lagebeurteilung im April 2017 des fehlenden Parkraumes für Arbeitnehmende und für Anwohner auf der Nordseite sowie Vor der Brugg erkannt und als Massnahmenschwerpunkte in die Planung aufgenommen. Man hat die Möglichkeiten erkannt, dass die kurzfristige Schaffung von neuen Parkplätzen im Untertor, indem man die Carparkplätze auslagert, rasch und relativ kostengünstig realisieren kann. Grundsätzlich ist aber in der Lagebeurteilung festgehalten, dass der Stadtrat ebenfalls davon ausgeht, dass in Stein am Rhein grundsätzlich ausreichend Parkplätze für Gäste und Touristen zur Verfügung stehen mit Ausnahme der von allen bekannten Spitzentagen im Sommer, die auftreten zwischen 15. Juli und 30. August. Der Stadtrat hat die Arbeitsgruppe Parkhausplanung und Werkreferat eingesetzt, die seit Mai 2017 aktiv ist und hat als Sofortmassnahme den Carparkplatz aus der Stadt im Bereich des Forstamtes vorgeschlagen. Dies schafft 44 neue Parkplätze am Standort der bisherigen Carparkplätze. Der zweite Stosspunkt des Stadtrates ist die Parkraumplanung neben den Flächenparkplätzen, um mögliche Parkhäuser im Bereich Nord und Süd Stein am Rhein altstadtnah zu realisieren. Dieser Auftrag hat die Arbeitsgruppe Parkhausplanung ebenfalls übernommen.

**Stadtpräsident Sönke Bandixen** bittet um dringende Kenntnisnahme. Der Stadtrat plant keine Neuauflage des Untertor-Parkhauses. Es hat weder eine Aussage noch einen Auftrag dazu gegeben. Es sind ausschliesslich mehrere kleinere Parkhäuser in Planung, die zu einem hohen Anteil wirtschaftlich tragbar sein müssen. Der Stadtrat ist froh, dass das Planungsverbot gestrichen wurde mit dem Fokus, die Flächenparkplätze zuerst zu optimieren bevor man in die Höhe baut. Der Einwohnerrat hat am 19.

Dezember 2017 die beiden Parkplatzkredite für Bus Parkplatzverlegung und Optimierung vom Parkplatz Ober- und Untertor sistiert. Der Stadtrat hat die Bedingung dazu gestellt, die dazu führt, dass die Projekte nicht vor dem kommenden September 2018 angegangen werden können. Der Stadtrat stellt fest, dass nur drei Monate nach diesem Entscheid ein praktisch identisches Vorhaben im Postulat wieder in den Einwohnerrat kommt. Der Stadtrat macht den Einwohnerrat auf einen Konflikt aufmerksam: Wenn das Postulat überwiesen werden sollte, bittet der Stadtrat gleichzeitig um Information, ob die Überweisung den Entscheid vom 19.Dezember 2017 umstösst, damit man sofort daran arbeiten kann oder ob der Entscheid vom 19.12.2017 bleibt und man mit dem Postulat wartet bis die anderen Bedingungen erfüllt sind.
Zum Parkplatzleitsystem: Der Stadtrat teilt mit dem Einwohnerrat das Problem nicht. Ein Parkleitsystem mit Umleitung über die Hemishoferbrücke um die Anreisenden an kleinere Parkplätze heran zu führen, ist ein Unterfangen, das kaum zu finanzieren ist.

**Zusammenfassung von Stadtpräsident Sönke Bandixen der einzelnen Punkte des Postulates René Schäffeler, FDP**. Der Stadtrat unterstützt und bekräftigt noch einmal, dass er in der aktuellen Planung fokussiert ist. In erster Priorität sind die bereits vorhandenen Flächenparkierungen zu optimieren. Der Stadtrat steht hinter der Zielsetzung das Carparking an die Peripherie zu verschieben. Seit über 40 Jahren hat Stein am Rhein am allerbesten Platz der Stadt über 14 Carparkplätze, die meistens leer stehen. Der Stadtpräsident erinnert daran, dass das Projekt Carparkplatz-Verlegung und Parkplatzoptimierung ein gebührenfinanziertes Projekt ist und es nichts mit einer langfristigen Fremdverschuldung zu tun hat. Auch die Parkplatzsituation für die Altstadtbewohner sowie die Parkplatzangelegenheit vor der Brugg ist ein Thema, dass der Stadtrat in Planung hat und diesbezüglich mit Vorschlägen kommen wird. Dieses Problem ist erkannt und muss angegangen werden. Schwierigkeiten sieht der Stadtrat speziell im Bereich vor der Brugg, weil hier einfach keine Flächenparkplätze zur Verfügung stehen. Hier muss in die Tiefe gebaut werden.
Zusammenfassend hält der Stadtrat fest, dass das Postulat von René Schäffeler bereits als weitgehend erfüllt, respektive in Arbeit ist und vom Stadtrat im Rahmen der Legislaturperiode als Zielsetzung erscheint. Der Stadtrat ist froh, dass das Planungsverbot gestrichen, respektive umformuliert worden ist.

**Einwohnerratspräsident Jörg Derrer, SP** eröffnet die Diskussion
**Peter Spescha, SP** sagt, er habe das Protokoll vom Dezember 2017 vor sich, den Auszug 620 Strassen, 501-60 Parkhaus Untertor betreffend Planungskredit. Es wurde über die Planungskosten gesprochen vom Parkhaus. Und somit über etwas anderes als dass, was an der heutigen Sitzung besprochen wurde.

**Stadtpräsident Sönke Bandixen** betont nochmals, dass es zum aktuellen Zeitpunkt keine Planung Untertor gibt. Peter Spescha sagt, man habe vom Parkhaus Untertor gesprochen. Stadtpräsident Sönke Bandixen betont, dass man immer über mehrere Parkhäuser gesprochen habe und die Frage, ob es nun Parkhäuser oder Flächen sind,

müsse man offenlassen. Im Untertorbereich ist die Fläche zu nutzen, bevor man in die Tiefe baut.

**René Schäffeler, FDP** sagt, er habe den Kostenvoranschlag vor sich und darin steht, dass es die Überarbeitung des Parkprojektes beim Untertor betreffe. Das bestehende Parkhauskonzept ist neu aufzugleisen und weiter zu entwickeln. Auch sei dies in der Öffentlichkeit ein Thema betreffend Aussage «Parkhaus Untertor».

**Stadtpräsident Sönke Bandixen** weiter: Der Stadtrat teilt die Sichtweise des Postulenten, das besagt, dort wo Flächen zur Verfügung stehen, werden diese optimiert. Und nur im Notfall gibt man freie Flächen zur Nutzung, um in die Höhe zu bauen.

**Einwohnerratspräsident Jörg Derrer SP** gibt das Wort Marcel Waldvogel: Es hat wirklich einen Budgetposten 501.60 mit der Bezeichnung «Parkhaus Untertor». Man muss sich wirklich überlegen, warum der Namen so gewählt worden ist. Es seien auch Planungskosten involviert gewesen und nicht explizit Planungskosten für die Bearbeitung des Parkhausprojektes beim Untertor zur Weiterentwicklung.

**Marcel Waldvogel, parteilos** geht nochmals auf die 5 Punkte ein. Marcel Waldvogel ist der Meinung, dass einige Parkplätze durchaus besser genutzt werden könnten. Dies sei eine Verschwendung von wertvollem Land. Parkhäuser könnten sich rasch sehr gut amortisieren und sogar zu Einnahmequellen werden. Und dies möchte Marcel Waldvogel nochmals klarstellen, dass es nicht darum gehe, irgendwelche Ausgaben zu verhindern, sondern dass es klar ist, was das Ziel dieser Ausgaben ist und ob diese einen Mehrwert bringen, insbesondere vielleicht sogar einen finanziellen oder einen Standortvorteil. Zudem könne man sich überlegen, autonome Pendlerfahrzeuge in der Stadt einzusetzen. So könnte man beim neuen Carparking Standort beispielsweise mit wenig Infrastruktur bauen. Zum fünften Punkt gehe es nicht wirklich um die Umsetzung, sondern in erster Linie um das Konzept, wo die Stadt hinwolle.

**Werner Käser, FDP** schickt voraus, dass die Bürgerliche Fraktion für das Eintreten der Vorlage ist, weil der Postulent ein für die Stadtentwicklung wichtiges Thema aufgreift. Tatsächlich ist die Parkraumplanung seit der Ablehnung der Parkhaus-Vorlage Untertor blockiert. Und eine Lösung dieser Blockade ist auch für die Weiterentwicklung von anderen Projekten nötig. Die Bürgerliche Fraktion hat sich trotz dieser Einsicht anfangs etwas schwer getan mit dem Vorstoss ihres Einwohnerrates René Schäffler. Nicht, weil sie das Anliegen des Postulenten nicht geteilt hätten oder eine andere Stossrichtung gewollt hätten, sondern weil ihr das im ursprünglichen Text formulierte Planungsverbot für Parkhäuser etwas zu weit ging. Denkverbote sind grundsätzlich schlecht. Mit dem angepassten Text ist dieser Stolperstein beseitigt, und Käser empfiehlt das Postulat klar zur Überweisung an den Stadtrat.

**René Schäffeler, FDP:** Klarstellung zur Innenausführung. Die Aussage Parkhäuser rechnen sich immer. Mit dieser Aussage kann sich René Schäffeler, FDP auf keine Art und Weise einverstanden erklären.

**Markus Vetterli, SP**: Dies war das Jahrhundert des privaten Automobiles und wenn man die Zukunftsforscher liest, dann läuft die Tendenz des Autofahrens klar darauf hinaus, dass man in 10 bis 20 Jahren viel weniger privaten Autobesitz hat. Es würden viel mehr selbstfahrende Elektrofahrzeuge eingesetzt, die an gewissen Punkten anhalten werden und wo man einfach zusteigen könnte. Dies schafft völlig andere Voraussetzungen sagt Vetterli weiter. Ein Parkhaus für selbstfahrende Fahrzeuge stellt neue Herausforderung wie zum Beispiel das Einparken im Liftverfahren. Historisch gesehen steht die Stadt Stein am Rhein an einem denkbar schlechten Zeitpunkt um grosse Parkhäuser zu bauen. Darum findet Vetterli den Vorstoss von René Schäffeler sehr sympathisch, nämlich pragmatische Lösungen hervor zu bringen die sich schon bald als falsch erweisen. Besser mit kleinen Optimierungen arbeiten oder in der ursprünglichen Form bleiben. Vetterli unterstützt auch die neue Form.

**Thomas Schnarwiler, Werk- und Sicherheitsreferent**: Im Durchschnitt fahren in Stein am Rhein in den Wintermonaten in der Charregasse pro Tag zwischen 3400 und 3450 Autos. In den Sommermonaten ergibt sich eine Steigerung von 30 %, was ca. 5600 Fahrzeugen entspricht. Diese hohe Verkehrsbelastung zeige, dass die Autos auf der anderen Rheinseite abgefangen werden müssen. Das hohe Verkehrsaufkommen beginnt jeweils im April und endet im September. Der Oktober ist ebenfalls relativ stark und interessanterweise ist der Dezember mittlerweile ebenfalls ein starker Monat. Nur noch Januar bis März seien nicht so stark frequentierte Monate.

**Abstimmung: Einwohnerratspräsident Jörg Derrer, SP** kommt zur Abstimmung betr. Änderungsantrag Punkt 1.
**Ergebnis. Änderungsantrag Punkt 1 ist einstimmig genehmigt.**

**Stadtpräsident Sönke Bandixen** informiert**:** Der bestehende Einwohnerratsbeschluss vom 19. Dezember 2017 verunmöglicht im Moment die Punkte 2 und 3 anzugehen und somit werden diese um ein halbes Jahr mindestens verschoben. In dieser Zeit würde nichts gemacht, auch keine Arbeitsgruppe erstellt.

**Gian Luca Marchetto, SVP**: Man müsse sich bewusst sein, der Einwohnerrat hätte im letzten Dezember hinsichtlich des Budgets 2-3 Auflagen gesetzt und über diese Auflagen müsste schon noch diskutiert werden. Gian Luca Marchetto weiter, er habe Sympathien zu diesem Postulat und er ist froh, hat René Schäffeler den ersten Punkt abgeändert.

**Werner Käser, FDP** geht davon aus, wenn der Einwohnerrat das Postulat überweise, dann würde man quasi auf den Entscheid vom Dezember zurückkommen. Werner Käser sagt weiter, wenn der Stadtrat jetzt eine Arbeitsgruppe einsetzt, dann nimmt er

an, dass im September kein Ergebnis zur Vorlage vorliegt, die man im Dezember 2017 gestellt hat. Aber vielleicht ist man dann soweit, dass man die Auflage erfüllt habe, die im vergangenen Dezember gestellt worden ist.

**Gian Luca Marchetto, SVP**: Wenn das so ist, müsste er den Stadtrat fragen, wie die Auflage der Finanzplanung ist und wie weit man hier ist.
**Karin Sigrist, Finanzreferentin**: Am 9. April 2018, also nächsten Montag ist die Sitzung in der GPK betreffend Jahresrechnung. Dann werde die GPK bereits vorinformiert, wie weit der Stadtrat ist. Der Investitionsplan muss danach nochmals in den Stadtrat und kann dann voraussichtlich Ende Mai 2018 versendet werden.

**René Schäffeler, FDP:** Er geht davon aus, dass im Finanzplan die oberirdische Umparkierung und Umgestaltung mit ein Bestandteil der Finanzplanung sein wird. René Schäffeler sieht kein Hinderungsgrund, das Postulat an dieser Stelle zu überweisen.

**Karin Sigrist, Finanzreferentin** ergänzt: Neu heisst es jetzt Parkierung Nord und Süd.

**Stadtpräsident Sönke Bandixen** fasst zusammen. Es ist tatsächlich so, dass wenn am 19. Dezember die zwei Projekte nicht so gestellt worden wären, dann wären diese jetzt realisiert. Die Projekte waren budgetiert und geplant und fix fertig bereit. Dann wurden mit dem Entscheid des Einwohnerrates diese sistiert. Der Stadtrat unternimmt zurzeit nichts mehr in diese Richtung, denn dies würde sofort Kosten auslösen. Bis der Einwohnerrat, das Projekt frei gegeben hat, dies ist frühestens möglich in der Juli-Sitzung, ist aus Stadtrat Sicht nichts zu tun. **Der Stadtrat wartet somit auf die Freigabe des Einwohnerrates. Für das Carparking gilt dies jedoch nicht.**

**Marcel Waldvogel, parteilos**: Es geht ja bei diesem Postulat Parkraumplanung nicht darum, alles in den nächsten zwei Wochen umzusetzen. Es geht darum, endlich mal einen Plan zu haben, wo man hin will. Alle Planungen zu stoppen fände Marcel Waldvogel allerdings sehr unpassend.

**Stadtpräsident Sönke Bandixen**: In Punkt 2 und 3 hat der Stadtrat die Planung abgeschlossen und ist in der Ausführung gewesen. Planung erzeugt Kosten und der Stadtrat hat klar den Auftrag erhalten, keine Kosten mehr bis zur Finanzklärung zu generieren.

**Claudio Götz, Pro Stein**: Möchte gern kurz vom Verfahren her einhaken. Grundsätzlich wird jetzt über das Postulat bestimmt. Selbstverständlich kann der Stadtrat einen Antrag machen, dass man aufgrund von diesem Entscheid einen Zukunftsentscheid von dieser Budgetposition machen soll.

**Stadtpräsident Sönke Bandixen** bittet um Klärung. Es möchte, dass der Einwohnerrat sagt, wie er es haben will.

**Claudio Götz, Pro Stein**: Ihr könnt sauber einen Antrag stellen und dann kann der Einwohnerrat über diesen befinden, nachdem wir über das Postulat abgestimmt haben. Danach kann man sachlich über dies diskutieren. So ist ein sauberer Verlauf gewährleistet.

**Gian Luca Marchetto, SVP**: Der Einwohnerrat hat nun vom Stadtrat gehört, dass bis zur Juni Sitzung nichts passiert. Gian Luca war bereits an der ersten Finanzkommission dabei und man hat ihm dort bestätigt, dass sie an der Überarbeitung des Finanzplanes sind, so dass dieser im Juni wahrscheinlich bei uns auf dem Tisch sein wird. Die Bestätigung dazu steht noch aus. Auf der Traktandenliste von der kommenden Juni-Sitzung erwähnt Gian Luca Marchetto, dass die Reihenfolge beachtet werden muss.

**Einwohnerratspräsident Jörg Derrer, SP**: Wir kommen zur Abstimmung.

Einwand **René Schäffeler, FDP:** Zur Klarstellung, wir stimmen jetzt über das Postulat von René Schäffeler ab und nicht über das, was an der Sitzung vom 19. Dezember vergangenen Jahres entschieden worden ist. Mit diesem Postulat sagt René Schäffeler abschliessend, geht es nicht um eine Planung oder Konzeption, die innerhalb von 5 Wochen entschieden werden müsste, sondern die eine gewisse Basis hat, gewisse Überlegungen für ganz Stein am Rhein Nord und Süd.

**Abstimmung: Einwohnerratspräsident Jörg Derrer, SP** zur Abstimmung Postulat René Schäffeler, FDP:

**Ergebnis: 12(Ja):0 Einstimmig angenommen. Das Postulat ist überwiesen**

Mitteilung an
mit Protokollauszug:
- Einwohnerrat, Präsident, Jörg Derrer, Bockrain 6, 8260 Stein am Rhein
- GPK, Karina Bänninger, Undergass 22, 8260 Stein am Rhein
- Ablage Ordner Stadtkanzlei
- Ablage

**INNERES, Einwohnerrat, Vorstösse, "Postulat" 03.20.020**

**9. Postulat Markus Vetterli - Immobilienstrategie** 8

**Markus Vetterli, SP**: Dieses Postulat kommt aus der SP, aus der ganzen Fraktion. Markus Vetterli erläutert. Es war so, dass aus den Richtlinien Verkauf und Kauf von Grundstücken in diesem Zusammenhang vom Stadtrat gesagt worden ist, dass ein Immobilienkonzept nicht nötig sei, weil genügend Grunddaten und Papier bestehen. Markus Vetterli war auf der Bauverwaltung und ist beeindruckt, wie die Unterlagen in Richtung Highline zwei erarbeitet worden sind. Diese seien, so Markus Vetterli, sehr detaillierte, objektbezogene Analysen zum Wert der einzelnen Liegenschaften. Also

dort, so glaubt Markus Vetterli, arbeitet die Stadtverwaltung hoch kompetent und hat auch gute Fachleute beigezogen.
Was Markus Vetterli fehlt im Bezug zu den Richtlinien, ist der Punkt an dem die Politik dazu kommt. Die SP-Fraktion fragt sich, was man eigentlich genau mit diesem Immobilienbestand will. Dies scheint Markus Vetterli ein blinder Fleck zu sein. Es gibt eine Immobilienstrategie aus dem Jahr 2007, die interessant und sehr detailliert und objektbezogen ist. Aber auch dort findet man nicht wirklich eine Gesamtschau.
Erst vor kurzem wurde im Einwohnerrat die neue zentrale Stelle für die Immobilienbewirtschaftung bewilligt, an der Barbara Schmid nun arbeitet. Markus Vetterli ist der Meinung, dass so eine Stelle nur Sinn macht, wenn diese Arbeit auf klaren konzeptionellen Grundlagen steht.
Ein erfreulicher Punkt aus SP Sicht ist, dass die Richtlinien aus genossenschaftlichem Wohnungsbau fürs Alter erwähnt sind. Aus SP-Sicht ist dies allerdings nicht nur ein Altersthema. Sehr wohl kann man auch für Familien genossenschaftlich bauen oder überhaupt für Menschen. Dies ist generell bei steigenden Mieten eine gute Sache so langfristig. So etwas zum Beispiel müsste einen Ort haben, wo man dies klar definiert. «Will man beispielsweise Baurecht für Familien Genossenschaftsbauten geben». Ein weiterer Punkt ist auch der, wie ein extrem komplexes und beeindruckendes Immobilienportfolio, auch räumlich wie dieses zusammenhängt. Für Markus Vetterli ist es sehr wichtig, dass man konzeptionelle Grundlagen hat um zu wissen, was man eigentlich will. Es gibt auch Gebäude, die seit Jahrzehnten suboptimal genutzt sind wie der Untertorturm zum Beispiel. Hier braucht es ein klares Konzept, auch wirtschaftlich sei dies interessant. - Dies sind ein paar Überlegungen, warum die SP dieses Postulat einbringen möchte. Die einzelnen Punkte dazu liegen vor.

**Karin Sigrist, Finanzreferentin**: Dieses Postulat spielt dem Stadtrat in die Hände. Karin Sigrist ist es nicht bekannt, dass man je gesagt hätte, man mache keine Immobilienstrategie. Der Stadtrat ist daran, eine solche zu erstellen und hat auch schon verschiedene Beispiele von anderen Städten. Der Stadtrat ist für die Einführung des HRM 2 daran, alle Liegenschaften aufzulisten. Dies hat es bis jetzt nicht gegeben. Also auch nicht mit Gebäuden, Versicherungswert und Verkehrswert, damit alles umfassend erfasst ist. Je nach Aufgabe der einzelnen Liegenschaften muss man diese entsprechend zuweisen. Das Finanzvermögen wird der Stadtrat entsprechend dem heutigen Verkehrswert aufwerten und ausweisen. Die Folge davon ist ein enormer Gewinn bei Einführung, da Buchgewinne entstehen. Der Stadtrat hat eine Möglichkeit gefunden um diese Buchgewinne, die ja nicht richtig anfallen, zu verbuchen.

**Stadtpräsident Sönke Bandixen**: Neben dem HRM 2, die technische Auflage, die der Stadtrat hat und durch die Finanzreferentin genau beschrieben wurde, gibt es noch eine übergeordnete Planungsvorgabe vom Kanton. Der Kanton Schaffhausen wird bis Ende 2018 den kantonalen Richtplan erneuen und aufnehmen. Die Gemeinden sind danach aufgefordert und verpflichtet, lokale Richtpläne daraus abzuleiten. Die Vorgaben und die Konzeptionen eines übergeordneten und eines lokalen Richtplanes sind wesentliche Elemente einer möglichen Strategie und Bandbreite, wenn es um Anlagevermögen

einer Gemeinde geht. Und darum ist es zielführend, wenn man diese Schritte richtigerweise nacheinander macht und die Vorgaben der kantonalen Richtplanung miteinbezieht.

**Stadtpräsident Sönke Bandixen** zum Stichwort «Inneres Wachstum» respektive «verdichtetes Bauen». Dies, so Stadtpräsident Sönke Bandixen wird in der zukünftigen Richtplanung vom Kanton wie in allen Kantonen eine dominierende Position sein. Das heisst, man wird praktisch nichts mehr einzonen können. Und wenn doch, nur mit Ausgleich anderer Flächen. Als nächsten Punkt hat der Stadtrat in der Lagebeurteilung festgestellt, dass ein Handlungsbedarf besteht bei der Feststellung der zukünftigen Nutzung der ZöBAflächen. Der Stadtrat hat vergleichsweise mit anderen Gemeinden im Kanton eine, um es vorsichtig auszudrücken, überdurchschnittlich hohe Fläche an ZöBA. Dies gilt es mit in die Planung mitaufzunehmen aber mit Kenntnis der Auflagen. Darum hat der Stadtrat in seinen Legislaturschwerpunkten auch in der Zielsetzung festgelegt, dass die Richtplanung und daraus die Strategie in der zweiten Hälfte der Legislatur, das heisst ab 2019 bis 2020 erfolgen soll. Deshalb bereiten die jetzige Arbeitsgruppe und Kommission auf breiter Front die Voraussetzungen und Grundlagen vor.

**Einwohnerratspräsident Jörg Derrer eröffnet die Diskussion:**
**Ruth Metzger, SVP**: Sie fragt sich, ob die sechs Punkte wirklich in den Stadtrat gehören. Sie schlägt vor, die sechs Punkte der Strategie in das Pflichtenheft des Immobilienverwalters zu nehmen, da es aus ihrer Sicht keine Stadtratssache ist. Finanzreferentin Karin Sigrist ist der Meinung, dies zu delegieren.

**Gian Luca Marchetto, SVP:** Auch er war überrascht über das Postulat der SP. Die sechs Punkte, die darauf definiert sind, gehören aus Sicht Gian Luca Marchetto in die Arbeitsstelle, die neu geschaffen wurde im Facility Management. Die Aufträge, die hier definiert sind und die sechs Punkten gehören dort hinein. Gian Luca Marchetto ist ebenfalls der Meinung, dass das Postulat keine Aufgabe an den Stadtrat ist, sondern in den Stellenbeschrieb der Immobilienverwalterin gehört.

**Markus Vetterli, SP**: Die ersten beiden Punkte sind hochpolitisch. «Bestimmung der strategischen Bedeutung der verschiedenen Liegenschaften/Immobilien». Das kann man nicht einfach einer Verwaltungsstelle überlassen. Was man strategisch in einer bestimmten Fläche oder in einem bestimmten Haus sieht, zum Beispiel das Zeughaus, ist ein politischer Prozess. Die könne man nicht einfach einer Immobilienverwalterin überlassen. Und der zweite Punkt «Definieren, welche Ziele mit und durch die Liegenschaften/Immobilien erreicht werden sollen», dies ist ein eminent politischer Prozess und nicht delegierbar. Selbstverständlich ist es in jeder Vorlage so, dass die Verwaltung die Stadt unterstützt. Im Weiteren hat es mehrere Punkte, 3 – 6, in denen es quasi darum geht, die Ziele und die strategischen Überlegungen umsetzten.

**Vizepräsident Beat Leu, parteilos**: Auch aus seiner Sicht, und da gibt er Markus recht, ist es ein politisches Thema. Man kann dieses Postulat auch noch grossräumiger anschauen. Im Dezember hatten sie eine Volksmotion, die in die gleiche Richtung gegangen ist. «Wo will die Stadt Stein am Rhein zukünftig in den nächsten 30 Jahren hin, wie soll sich Stein am Rhein entwickeln.» Und weiter, was passiert vor der Brücke, was passiert mit der Altstadt, was passiert mit dem wirtschaftlichen Wachstum, welches in Stein am Rhein ist. Dies alles kann man auch aus einer Immobilienstrategie interpretieren so Vizepräsident Beat Leu. Er schlägt deshalb vor, die Planung jetzt zu machen und nicht auf den Kanton zu warten um die Rahmenbedingungen zu erhalten. Nicht reagieren, sondern handeln, proaktiv dahinter gehen so Beat Leu. Er kann dieses Postulat nur unterstützen, denn es ist ein Teil der Volksmotion.
**René Schäffeler, FDP:** Eine generelle strategische Betrachtung unter Berücksichtigung der langfristigen Entwicklung von Stein am Rhein mit der aktuellen Herausforderung, der Verschuldungssituation die bereits angesprochen wurde an anderer Stelle, ist es absolut wichtig und macht Sinn. Insbesondere der Punkt den Finanzreferentin Karin Sigrist angesprochen hat «Was ist in Zukunft Finanzvermögen und was ist Verwaltungsvermögen», ist ein sehr zentrales Element. Auch der Umgang mit Bauland ist ein zentrales Element. Was man mit dem städtischen Bauland im jetzigen Baugrund macht, so die persönliche Meinung von René Schäffeler, muss die Stadt sehr zurückhaltend sein. Was René Schäffeler jedoch nicht will und bittet Markus Vetterli um Klarstellung, eine detaillierte Auslegeordnung zu allen städtischen Liegenschaften mit öffentlicher Diskussion hier im Einwohnerrat. Dies mache wenig Sinn und schwäche die Verhandlungsposition der Stadt, wenn jedes Projekt in der Öffentlichkeit diskutiert würde.

**Markus Vetterli, SP** erklärt, seine Absicht ist es nicht, dass man im Einwohnerrat jedes Türmchen durcharbeitet, darum auch «ganzheitliche Strategie.» Markus Vetterli will nochmals darauf hinweisen, dass es durchaus strategische Punkte gibt, die unabhängig von einer Richtplanung sind. Die Richtplanung wird erst dann relevant, wenn man es quasi raumplanerisch umzonen müsste. Im Weiteren gibt es auch Punkte, wie der Umgang mit den Vereinen beispielsweise. Relativ viele der Immobilien sind Clubhäuser. So gäbe es durchaus Punkte, die so glaubt Markus Vetterli, heute schon eine ganz klare Strategie «Was heisst Vereinsförderung über die Immobilien» hervorbringen. Es gäbe jedoch noch weitere Punkte. Alles sind strategische Überlegungen, die wichtig sind und bei denen man vor dem Richtplan bereits Überlegungen machen kann und bereits jetzt beginnen könnte daran zu arbeiten.

**Stadtpräsident Sönke Bandixen** nimmt den Punkt von Markus Vetterli auf. Er ist sehr einverstanden, dass man dies gemäss Aussage Markus Vetterli machen sollte. Aber dann müsste das Postulat heissen: «Macht die gesellschaftlichen Entwicklungen mit den entsprechenden Rahmenbedingungen und leitet daraus die Ansatzpunkte für die Immobilienstrategie ab.» So wie es im Postulat formuliert ist, heisst es einfach, bei allen 438 Immobilien, was ginge und was geht nicht. Dies ist zwar «Nice to know», aber wenn Markus Vetterli richtig sagt: «Wie unterstützt die Stadt die Vereine, unter anderem

mit Immobilien oder wie sieht es mit der Nutzung von diesem und jenem aus, dann sind dies strategische übergeordnete Zielsetzungen, aus denen danach eine Vorlage für die Immobilienstrategie kommt. So wie das Postulat aufgelegt ist, ist es eher nicht sinnführend für die Stadt. Und wenn Stein am Rhein eine lokale Richtplanung ausgehend vom Kanton mache wie in der Kaskade, dann würde dies der erste lokale Richtplan der Stadt Stein am Rhein sein. Und dies sei nicht so einfach, hätte er doch genügend Sachen enthalten, die Top Down kämen so Stadtpräsident Sönke Bandixen. Im Weiteren bittet er um Klärung, ob es auch um eine übergeordnete Strategie geht, dann ist die Richtplanung der richtige Ansatz mit dem lokalen Richtplan oder geht es darum zu wissen, was die Stadt Stein am Rhein hat.
**Markus Vetterli, SP**: Bezüglich der detaillierten Grundlagen macht sich, wie bereits erwähnt, Markus Vetterli keine Sorgen. Hier wurde bereits hervorragend gearbeitet. Er lässt sich dies auch offen für Änderungsanträge.

**Karin Sigrist, Finanzreferentin**: Wie schon gesagt, nimmt der Stadtrat das Postulat gerne entgegen und der Stadtrat erstellt gerne eine Immobilienstrategie, da diese auch benötigt wird. Der Stadtrat wird etwas bringen, das der Grösse angemessen ist und der Typung von Stein am Rhein entspricht.

**Stadtpräsident Sönke Bandixen**: Aktuell sind es für eine mögliche zukünftige Nutzung von Immobilien ca. 400 Objekte, davon sind ca. 80, die für die Gesellschaftsentwicklung relevant sind. Stadtpräsident Sönke Bandixen fehlt der Fokus auf die Entwicklung der Gesellschaft der Stadt. So wie das Postulat formuliert ist, ist die Gefahr gross, dass man das Gefühl hätte, ah jetzt weiss man wo man mit den Immobilien hinwill, also weiss man auch wo die Stadt hinwolle. Aber das sei nicht so, so Stadtpräsident Sönke Bandixen.

**Einwohnerratspräsident Jörg Derrer, SP** fragt Werner Käser, FDP um einen Vorschlag:
***Werner Käser, FDP:*** *Zur allgemeinen Info. Ein Postulat ist ein Antrag an den Stadtrat so weit wie möglich im Sinne des Postulenten tätig zu werden. Und der Stadtrat kann immer noch machen, was er will. Wie detailliert der Stadtrat diese Strategie ausarbeitet, so Werner Käser, dies sei im Ermessen des Stadtrates.*

**Abstimmung: Einwohnerratspräsident Jörg Derrer, SP** Postulat Immobilienstrategie Markus Vetterli. **Ergebnis**: **9:3 Dieses Postulat ist angenommen und überwiesen.**

Mitteilung an
mit Protokollauszug:
- Einwohnerrat, Präsident, Jörg Derrer, Bockrain 6, 8260 Stein am Rhein
- GPK, Karina Bänninger, Undergass 22, 8260 Stein am Rhein
- Ablage Ordner Stadtkanzlei
- Ablage

**INNERES, Einwohnerrat, Vorstösse, "Interpellation" 03.20.025**

**10. Interpellation Cornelia Dean – Lohngleichheit bei städtischen Angestellten** 9

**Cornelia Dean-Wüthrich SP** zu Punkt 4 folgendes: Noch immer bestünde eine Ungerechtigkeit im Jahre 2018 betreffend Lohngleichheit für gleiche Arbeit von Männern und Frauen, die zwar seit 36 Jahren in der Bundesverfassung verankert, aber bis heute nicht vollumfänglich umgesetzt worden sind. Es wurde bereits viel diskutiert. Der Kantonsrat hat im Juli 2017 ein Postulat zum gleichen Thema nicht überwiesen. Die Stadt Schaffhausen hat eine Charta für Lohngleichheit im öffentlichen Sektor jedoch unterschrieben. Ein Bejahen der Interpellation zeige die Einstellung der Stadt Stein am Rhein gegenüber der Gleichbehandlung von Frauen und Männern. Die Unterzeichnung und somit Bekenntnis zur Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern ist für Cornelia Dean-Wüthrich weder eine Frage der politischen Gesinnung noch Anlass für eine Grundsatzdiskussion, sondern eine Selbstverständlichkeit in einer westlich modernen Gesellschaft. Cornelia Dean-Wüthrich sieht es als Pflicht von einer Gemeinde wie Stein am Rhein, sich öffentlich hinter das Menschenrecht zu stellen und als Vorbild zu wirken, indem die Charta unterschrieben werde. Die Charta Lohngleichheit im öffentlichen Sektor bekräftigt die Entschlossenheit, der verfassungsmässige Grundsatz von gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit umzusetzen. Eine Diskussion über eventuelle Kosten sieht Cornelia Dean-Wüthrich nicht als notwendig, da die Stadt Schaffhausen den Aufwand als sehr bescheiden bezeichnet. Weiter fände es Cornelia Dean-Wüthrich als Armutszeugnis, Finanzen als Hinderungsgrund zur Umsetzung von einer derart wichtigen Sache zu missbrauchen. Die Frauen erbringen in der heutigen Zeit einen immer grösseren finanziellen Anteil in der Familie. Familien können zum Teil ohne den Verdienst der Frau nicht überleben und wären auf Sozialhilfe angewiesen. Darum ist es umso wichtiger, dass wir mit einer Lohngleichheit die Existenz in der Familie stabilisieren. Die Stadt Stein am Rhein strebt das Lable kinderfreundliche Gemeinde an. Das diese Mütter für gleiche Arbeit gleichen Lohn erhalten, ist für Cornelia Dean-Wüthrich ein grundlegender Teil einer kinderfreundlichen Gemeinde, trägt doch dieser wichtige Aspekt aus verschiedenen Gründen sehr viel zum Wohl der Kinder bei. Die Stadt Stein am Rhein ist eine der grössten Arbeitgeberin in der Gegend. Mit der Unterzeichnung der Charta von Lohngleichheit nimmt die Stadt Stein am Rhein eine wichtige Vorbildfunktion ein und unterstützt die Entwicklung für Gleichberechtigung.

**Stadtpräsident Sönke Bandixen** zur Ausgangslage. Tatsächlich ist es so, dass die Stadt Stein am Rhein einer der grössten Arbeitgeber dieser Gegend ist. Die Anzahl Angestellten mit Lohnbezug von der Stadt Stein am Rhein per Ende 2017 ist im gesamten 183. In dieser Anzahl ist jedoch Personal, dass vom Kanton mitbezahlt ist wie alle Lehrpersonen und den ganzen Schulbereich. Diese seien aber auf der Lohnliste der Stadt Stein am Rhein. Der Frauenanteil davon beträgt 75 %. Stein am Rhein ist somit eine absolute Frauenfirma. Aufgeteilt sieht dies wie folgt aus: In der Verwaltung sind 48 Personen angestellt, davon Frauenanteil 50 %. Im Alterszentrum sind 72 Personen

angestellt, davon Frauenanteil 94 %. In den Schulen inklusiv Kindergarten sind es 63 Personen, davon Frauenanteil 71 %. Die 183 Personen teilen sich in Vollzeit- und Teilzeitpensen Frauen und Männer auf. Hier hat die Stadt 60 Vollzeitpensen. Das heisst über 120 Personen arbeiten Teilzeit. Die Teilzeitmitarbeiten arbeiten zwischen 10 und 90 %. Zu den leitenden Funktionen. Die Stadt hat 6 Kaderstellen: Schule, Leiter vom Alterszentrum, Stadtschreiber sowie 3 Amtsleiter. Mit der soeben neu eingestellten Zentralverwalterin ist dies ein Frauenanteil von 50 %.
Zur Frage der Entlöhnung Stadtpräsident Sönke Bandixen weiter. Der Stadtrat hat 2016, also schon in der zurückliegenden Legislatur eine Arbeitsgruppe eingesetzt zur Revision der Anstellungs- und Besoldungsreglemente von der Stadt Stein am Rhein, die unter der Leitung von der damaligen wie heutigen Finanzreferentin Karin Sigrist steht. Die Arbeitsgruppe hat das Ziel, die Schaffung von zeitgemässen Anstellungsbedingungen herbei zu führen. Eine erste Lesung von diesem neuen revidierten Personalreglement wird vom Stadtrat im 3. Quartal dieses Jahres erwartet. Anschliessend folgt eine Botschaft an den Einwohnerrat und dann kommt es zu einer entsprechenden Abstimmung. Eine zeitgemässe Anstellungsbedingung, so Stadtpräsident Sönke Bandixen weiter ist «Gleicher Lohn für gleiche Arbeit». Der Stadtrat hat per dato keine Kenntnis von relevanten Lohnungleichheiten im Bereich der Verwaltung. Falls es so wäre, würden sie unverzüglich beurteilt und würde in einer Lösung zugeführt. Der Stadtrat will transparente und faire Bedingungen und zwar für alle Angestellten. Zum aktuellen System: Alle städtischen Mitarbeiter werden nach dem Personalgesetz angestellt. Das Zentrum dieses Personalgesetzes sind 25 Lohnklassen. Und jede Funktion oder jede Arbeitsstelle wird immer gemäss der sogenannten Ämtereinreihung beurteilt. Und somit ist die Lohnklassenzuteilung gesetzlich, respektive verordnungstechnisch gegeben. Zur Beantwortung der Fragen des Postulates.
Punkt 1: Der Stadtrat sieht keine wesentlichen Lohnunterschiede der Angestellten in der Stadt. Dem Stadtrat ist dies nicht bekannt, weil das System transparent und für jeden nachvollziehbar ist.
Punkt 2: Sollten Lohnungleichheiten auftreten oder werden von einer Stelle aus gemeldet, dass ist selbstverständlich möglich, dann werden diese unverzüglich beurteilt und falls notwendig beseitigt.
Punkt 3. Die Überarbeitung des Personalreglements soll speziell auf diesen Punkt hinweisen. Die Lohngleichheit muss dort abgebildet werden mit einer transparenten Beschreibung der Stellen. Die Einstufung in einer Lohnklasse ist gemäss Erfahrung und Ausbildung unterschiedlich festzusetzen.
Punkt 4: Der Stadtrat sieht davon ab und sieht kein Handlungsbedarf ,eine Charta für diesen Sektor zu unterschreiben, weil kein Nutzen sichtbar ist. Aus Sicht des Stadtrates ist es wichtig, dass man gute Anstellungsbedingungen hat.

**Karin Sigrist, Finanzreferentin** ergänzt aus dem Entwurf der neuen Personalregelung. Dort sieht man vor: «Der Stadtrat sorgt für zeitgemässe Anstellungs- und Arbeitsbedingungen.» Zudem kann der Stadtrat ein Leitbild zu seiner Personalpolitik erlassen. Diese soll insbesondere das Gewinnen und Erhalten geeigneter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ermöglichen, die Gleichstellung von Frau und Mann

fördern und die Grundsätze der Personalführung und der Personalentwicklung enthalten. Obiger Abschnitt ist in der Verordnung neu festgehalten.

**Cornelia Dean-Wüthrich, SP**: Die Antworten von Punkt 1, 2 und 3 sind für Cornelia Dean-Wüthrich befriedigt, die Antwort zu Punkt 4 allerdings nicht. Es ginge nicht darum, dass es einen Nutzen gibt. Es ist immer so, dass im öffentlichen Sektor die Frauen weniger verdienen. In der Wirtschaft variieren die Prozente zwischen 12 bis 30 je nach Branche, wo die Frauen weniger verdienen. Und, so Cornelia Dean-Wüthrich weiter, es geht nicht um Stein am Rhein. Sie findet es super, dass in Stein am Rhein alles so exakt und super funktioniert. Aber es ginge darum, dass Stein am Rhein ein Zeichen setzt als Arbeitgeber für andere und seine Einstellung dem Thema gegenüber zeigt. Darum geht es bei dieser Charta. Zu zeigen, dass die Stadt es als Arbeitgeberin nicht akzeptiert, dass Frauen weniger verdienen wie Männer. Cornelia Dean-Wüthrich bittet den Stadtrat nochmals nachzudenken, diese Charta zu unterschreiben.
**Stadtpräsident Sönke Bandixen**: Er nimmt dies entgegen und denkt persönlich nochmals darüber nach. Der Stadtrat plädiert allerdings dafür, dass man vorsichtig ist mit so Statements, insbesondere wenn es um Löhne geht.

***Werner Käser, FDP****: Die Geschäftsordnung sieht es ganz klar vor, eine Diskussion findet nur statt, wenn der Rat dies beschliesst. Wir können dies selbstverständlich jetzt hier diskutieren, da hat Werner Käser nichts dagegen, aber man muss dies vorweg beschliessen, weil ansonsten hatte Cornelia Dean-Wüthrich im Prinzip bereits ihr Schlusswort. Wenn es beschlossen ist, dann könnte sie sagen, ob sie mit der Antwort zufrieden ist oder nicht. Und wie Werner Käser gehört hat, ist sie mit den einen Antworten zufrieden, mit den anderen nicht.*

**Einwohnerratspräsident Jörg Derrer, SP**: Ist der Verordnungsantrag von Werner Käser genehmigt?
**Ergebnis: Ja, einstimmig genehmigt.**

**Einwohnerratspräsident Jörg Derrer, SP:** Wird eine Diskussion erwünscht?
***Werner Käser FDP:*** *Cornelia Dean Wüthrich müsste einen Antrag stellen, wenn eine Diskussion erwünscht ist.*
***Cornelia Dean-Wüthrich*** *stellt keinen Antrag auf Diskussion.*

Mitteilung an
mit Protokollauszug:
- Einwohnerrat, Präsident, Jörg Derrer, Bockrain 6, 8260 Stein am Rhein
- GPK, Karina Bänninger, Undergass 22, 8260 Stein am Rhein
- Ablage Ordner Stadtkanzlei
- Ablage

**INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat 03.20.000**

**11. Totalrevision Fondsverordnung – Antrag auf Genehmigung** 10

**Karin Sigrist, Finanzreferentin**: Sie haben bereits ein Vorreglement, dass im Hinblick auf HRM 2 überarbeitet werden musste, weil jetzt mehr Anforderungen bestehen. Sie haben es mit dem neuen Finanzhaushaltsgesetz und den dazugehörigen Ausführungsbestimmungen kongruent neu erarbeitet. Finanzreferentin Karin Sigrist tut es leid, unter «Rechtliches» ist noch das Alte. Dies war natürlich noch gültig bei Erstellung der Vorlage, aber man hätte das Neue erwähnen sollen. Die GPK hat dies in ihrem Antrag gemacht, so dass sie auch die neuen Bestimmungen haben. Das neue Finanzhaushaltsgesetz ist beim Kanton aufgeschaltet. Karin würde dies sehr empfehlen, es gibt auch Weiterbildungen dazu. Die GPK und der Stadtrat sind im Verlauf vom Juni 2018 an diesen Weiterbildungen. Für den Stadtrat ist es wichtig, dass es mit dem neuen Finanzhaushaltsgesetz passt. Die Pendenzen wie Fondzuweisung, Funktion und Zweck werden noch aufgearbeitet und erledigt. In der neuen Fondverordnung möchte man alles aufgelistet haben. Eine kleine Spitzfindigkeit, die von Finanzreferentin Karin Sigrist erstellt wurde ist, dass man einem Erlass sofort ansieht, ob er vom Einwohnerrat oder vom Stadtrat kommt. Dies bedeutet, dass man zukünftig die Erlassnamen präzise anwendet, also immer «Verordnung», wenn es vom Einwohnerrat kommt und immer «Reglement», wenn es vom Stadtrat kommt. Dann kann man immer anhand des Erlassnamens erkennen, ob es einwohnerrätlich ist oder nicht.
Ein spezieller Fond ist der Stadtentwicklungsfond, dieser ist nicht gebührenfinanziert. Es ist so, dass mit dem HRM2 der Stadtrat gezwungen ist, das Finanzvermögen nach dem effektiven Wert auszuweisen. Es sei noch immer so, dass der Einwohnerrat bestimmt, was wohin gebucht wird, so Karin Sigrist weiter, weil man dies mit der Jahresrechnung mache. Der Einwohnerrat bestimmt im Weiteren, was mit dem Geld passiert. Hier gelten genau die Verfassungskompetenzen. Der Stadtrat hat für neue Ausgaben weiterhin bis 30’000.00 CHF Handlungsfreiheit und das darüber muss zum Einwohnerrat oder vor das Volk. Durch die neue Fondverordnung wird dies nicht ausgehebelt. Der Stadtrat möchte die Formulierungen, wie sie vom Einwohnerrat vorgeschlagen wurden lassen. Er versteht die Einschränkungen der GPK, dennoch wäre der Stadtrat froh, wenn er es so vollziehen könnte, wie es beantragt wurde. In der Kompetenz des Einwohnerrates liegt es, die Jahresrechnung zu genehmigen.

**GPK-Mitglied Marcel Waldvogel:** Die GPK hat die neue Fondverordnung angeschaut und solche gebundenen Fonds auf Konformität überprüft. Für den Antrag des Einwohnerrates ist das Vorreglement mit folgenden Änderungen zu akzeptieren.
· Der Artikel 15 der Fondverordnung soll wie folgt klargestellt werden: Im Artikel 15, Buchstabe A «Buchgewinne auf Liegenschaften» soll um die Bezeichnung «bei Verkauf» ergänzt werden.
· Bei Artikel 15 B: «Die ausserordentlichen Einnahmen» sollen bestimmt werden, dass dies bei den ausserordentlichen Einnahmen als Liegenschaft-Geschäften gelten.

*Bei der Kontrolle der Fondrevision ist die GPK nicht auf Sachverhalte gestossen aus der sie schliessen müssten, dass die Verordnung nicht den gesetzlichen Grundlagen entsprechen würde. Die GPK beantragt dem Einwohnerrat die Totalrevision Fondverordnung mit obigen Änderungen zu genehmigen.*

**Peter Spescha, SP**: Die SP begrüsst es grundsätzlich, dass die Fondverordnung überarbeitet worden ist und dass alle Reglemente in einer Verordnung zusammengefasst und teilweise auch präzisiert worden sind. Peter Spescha geht davon aus, dass er diese Themen mit der GPK noch eingehend diskutieren wird. Die SP-Fraktion ist der GPK beigetreten.

**Marcel Waldvogel, parteilos**: Es ist gut, dass die Fondverordnung jetzt sehr klar und gut aufbereitet und alles an einer Stelle zusammengefasst wurde. Und deshalb ist die 3. Fraktion für das Eintreten.

**Claudio Götz, Pro Stein**: Er schliesst sich dem Vorredner grundsätzlich an. Sie begrüssen diese Verordnung und sind auch für Eintreten.

**Einwohnerratspräsident Jörg Derrer ,SP** abschliessend: Es sind alle für das Eintreten. Zur Detailberatung schlägt er vor, Seite für Seite die Fondverordnung durchzugehen und dann jeweils auf den Seiten die Anträge der GPK zu behandeln. Änderungsantrag von **Claudio Götz, Pro Stein**: Er hat einen Änderungsantrag, der mehrere Artikel betrifft und deshalb erlaubt sich Claudio Götz Pro Stein diesen am Anfang zu stellen.

**Claudio Götz, Pro Stein** ist der Meinung, es wäre sinnvoll würde man den Kulturteil aus dem Stadtentwicklungsfond herausnehmen und einem Kulturfond zuweisen und hat deshalb einen entsprechenden Antrag formuliert. Er beantragt für die Bewirtschaftung des Kulturfonds das Einsetzen einer Kulturkommission, die die Interessen der kulturellen, kirchlichen und gemeinnützigen Institutionen (Vereine) vertritt. Die Aufgabe der Kulturkommission besteht aus kulturellen städtischen Aufgaben, Veranstaltungen und Anliegen der Vereine. Sie berät den Stadtrat in den oben genannten Themen und kann im Rahmen ihrer zugewiesenen Kompetenzen entsprechende Ein-/Entnahmen aus dem Kulturfond bestimmen. Dies ist der ganzheitliche Änderungsantrag von Claudio Götz Pro Stein.

**Karin Sigrist, Finanzreferentin** schlägt vor, den Änderungsantrag von Claudio Götz nachträglich als Teilrevision zu bringen, da der Änderungsantrag unmöglich in dieser Sitzung aus zeitlicher Not bearbeitet werden kann. Zudem ist es dem Stadtrat wichtig, dass man die Totalrevision Fondverordnung verabschieden kann und zwar rückwirkend auf das Jahr 2017 um es in der Jahresrechnung 2017 anzuwenden.

**Einwohnerratspräsident Jörg Derrer, SP** fragt Claudio Götz, ob er den Antrag verschieben wolle. Claudio Götz bestätigt dies.

**Karin Sigrist, Finanzreferentin** erklärt, es werde eine Teilrevision geben und man kann den Änderungsantrag von Claudio Götz im selben Zusammenhang aufnehmen.

**Einwohnerratspräsident Jörg Derrer, SP** weiter zur Detailberatung. Die Seiten 1-5 ohne Einwand.

**Werner Käser, FDP**: Als Ergänzung zu Seite 2: Die Sachbereiche **h** und **i** fehlen und müssen noch ergänzt werden. Karin Sigrist bestätigt dies.

**Einwohnerratspräsident Jörg Derrer, SP** weiter: Seite 7-10 ohne Einwand und bei Seite 11, der Artikel 15, Punkt a. Hier besteht ein Antrag der GPK bei Verkauf.

**René Schäffeler, FDP** stellt klar, dass dieser Fond im Wesentlichen über die Grundstücke geöffnet wird, die Verwendung ist jedoch sehr breit. Aus einem Grundstückkauf, Erlös oder Buchgewinn kann man danach ein kulturelles Thema, touristisches Thema oder was auch immer fördern. Dies ist bewusst so breitgefasst.

**Stadtpräsident Sönke Bandixen**: bejaht die Aussage von René Schäffeler und erläutert den Hintergrund. Es wird in Zukunft in der neuen Richtplanung eine sogenannte Mehrwertabschöpfung geben. Der Kanton hat dies bereits vorgesehen, er wird der Stadt, also der öffentlichen Hand eine Möglichkeit geben, eine sogenannte Mehrwertabschöpfung einzufordern. Allerdings will man nicht, dass Mehrwertabschöpfungen dazu benutzt werden, um normale Investitionen zu machen, sondern sie sollen wieder in mehrwertgenerierende Sachen hineingehen. Zum Buchgewinn. Ein Buchgewinn deutet auf eine Mehrwertabschöpfung hin im Verkauf.

**Karin Sigrist, Finanzreferentin:** Ein Fond bedeutet ja vor allem, dass man einen Buchgewinn einfach dort hinein bucht und parkiert.

**René Schäffeler, FDP:** So wie er es verstanden hat, begrüsst der Stadtrat den Antrag der GPK nicht. Gibt es für den Stadtrat konkrete Einschränkungen oder Beispiele, die ihn entsprechend behindern?

**Stadtpräsident Sönke Bandixen** fragt sich, wie die GPK sich dies genau einen Buchgewinn auf Liegenschaften nur bei Verkauf vorstellt? Er fragt, was man mit den anderen Buchgewinnen macht und warum nur «bei Verkauf.» Er fragt nach dem Grund dieser Einschränkung?

**Marcel Waldvogel, parteilos** geht es vor allem darum, dass es klar ist, was ein Buchgewinn ist und was ein realer Gewinn ist, der möglichst aus dem Verkauf

entstanden ist. Er kann sich als Kompromissvorschlag vorstellen, dass man ein Buchgewinn in einem separaten Konto führt, damit ausgewiesen ist, dass dies ein Buchgewinn und noch nicht ein realisierter Gewinn ist.

**René Schäffeler, FDP** vertieft, es ginge nur um ein grundsätzliches Thema. Wie Finanzreferentin Karin Sigrist zu Beginn erwähnte, ergibt eine HRM Aufwertung einen massiven Gewinn. Der Gewinn geht in die normale Stadtrechnung und dann zeigt man in einigen laufenden Rechnungen einen enormen Gewinn und dieser fliesst in das Eigenkapital und steht danach allgemein zur Verfügung. So kann man Begehrlichkeiten wecken. Die Idee vom Stadtrat, so wie René Schäffeler dies verstanden hat ist, dass der Buchgewinn in den Fond der Stadtentwicklung hinein geht. Und damit dies überhaupt möglich ist, muss hier stehen «Buchgewinn auf Liegenschaften» und nicht «aus Verkauf von Liegenschaften». Es wäre also ein zentrales Element, wenn man jetzt dem Änderungsantrag der GPK zustimmt und das drin lässt.

**Stadtpräsident Sönke Bandixen** ergänzt: Es gibt Fälle, bei denen ein Buchverlust entsteht. Darum ist es nicht vernünftig nur Cashgewinne bei Verkauf zu buchen und eventuelle Buchverluste irgendwie anders wegzudrücken.

**Markus Vetterli, SP** fragt sich, wie man es quasi transparent machen kann, dass es hier um etwas geht, dass man nicht antasten kann und was man wirklich ausgeben kann.

**Karin Sigrist, Finanzreferentin**: Buchgewinne, die nicht Cash sind, sind reine Buchgewinne. Eine reine Umbuchung vom Konto. Das ganze Finanzvermögen ist viel zu tief in der Buchhaltung drin, so Karin Sigrist. Es werden massive Buchgewinne entstehen. Diese müssen irgendwo hin gebucht werden, da sie anfallen. Und da es um Eigenkapital geht und dieser als Gewinn ausgewiesen wird, wird es sichtbar. Deshalb benötigt die Stadt ein Gefäss um diesen Buchgewinn hinzubuchen. Und der Vorschlag des Stadtrates wäre, dass man die Buchgewinne in einen Stadtentwicklungsfond hinein bucht, da es zu viel Geld ist, um es irgendwo mit Abschreibungen und Vorfinanzierungen hinein zu drücken wie es bis jetzt immer gemacht wurde. Die Buchgewinne müssen sauber parkieren werden.

**Werner Käser, FDP** fragt: Weiss zum Beispiel der Einwohnerrat noch in 10 Jahren, wenn in diesem Fond beispielsweise 20 Millionen sind, wie viele Millionen verfügbar sind und wie viele Millionen aus einem theoretischen Raum sind und darum nicht verfügbar. Lässt sich dieses im Nachhinein noch historisch feststellen.

**Karin Sigrist, Finanzreferentin**: Diese Frage betrifft sämtliches gebuchtes Vermögen, dass die Stadt hat. Auch dasjenige vom Eigenkapital oder Sonstiges. Für eine historische Feststellung besteht die Finanzplanung mit dem Investitionsplan. Hier ist ersichtlich wie die Selbstfinanzierung von diesen Investitionen ist.

**Werner Käser, FDP** kann dies absolut nachvollziehen. Das Spezielle an diesem Fond ist, dass hier am Schluss einfach ein toter Topf mit einem Haufen Geld besteht. Dieses Geld ist eigentlich nur zu einem Teil wirklich vorhanden und zu einem Teil ist es aus buchhalterischen Gründen da.

**Stadtpräsident Sönke Bandixen** betont, dies sei nicht so. Der Buchgewinn ist ein potenzieller Gewinn. Es ist einfach eine höhere Bewertung. Und wenn man jetzt Verwaltungsvermögen und Finanzvermögen sauber aufteilt, dann steht im Finanzvermögen eine aufgewertete Sache. Wenn man weiss, es hat einen höheren Wert, aber es ist tiefer bewertet, dann verkauft man es. Es muss zum realen Wert finanziert werden.

**Werner Käser, FDP** fragt, ob es immer noch ersichtlich ist.

**Marcel Waldvogel, parteilos** möchte, dass man jetzt beispielsweise einen Artikel 15 bis.. schafft, in dem enthalten ist, dass Buchgewinne auf einem separaten Konto innerhalb dieses Fonds geführt werden zur transparenten Gestaltung, damit später im Stadtentwicklungsfond klar ist, was Buchgewinne sind und was wirklich durch Cashtransaktionen entstanden sind.

**Ernst Bühler, Stadtschreiber** erklärt: Eine Mehrwertabschöpfung ist noch einmal etwas anderes. Dies sei aus dem Planungsgewinn, es sind also Planungswerte. Und Buchgewinne und Planungswerte muss man auseinanderhalten. Diese seien aus verschiedene Quellen. Wenn man es so formulieren möchte, dann müsste man sagen Planungsgewinn, also die Planungswertabschöpfungen. Und diese müsste man separat ausweisen. Das andere ist im Kreislauf enthalten. Mal macht man Gewinn, dann hat man den Buchgewinn gemacht aber eben auch Buchverlust. Und dies wird in der Bewertung, dass sieht man immer in den Buchgewinnen, oder Buchungsverlusten, das sind Wertberichtigungen.

**Marcel Waldvogel, parteilos** schlägt vor, da sowieso der Cash bei der Teilrevision dieser Fondverordnung ansteht, dass man sich die Zeit nimmt ausserhalb dieses Rates um die entsprechenden Vor- und Nachteile zu diskutieren um dann in die Teilrevision, die ja noch in den nächsten paar Monaten ansteht, einzubringen.

**Karin Sigrist, Finanzreferentin**: Wir bräuchten es ja sogar rückwirkend aus dem 2017, dass man die über 500’000 CHF Buchgewinne von der Sandgrueb in den Stadtentwicklungsfond bucht.

**René Schäffeler, FDP** dankt Marcel Waldvogel, dass die Diskussion betreffend Thema Fremderschliessung weitergeführt wird. Er fügt hinzu, dass es nicht nur um die Einnahmeseite, sondern auch um die Ausgabenseite bei diesem Fond ginge. Aber die

grundsätzliche Frage, beziehungsweise Punkt, den René Schäffeler gestellt hat, der muss an dieser Sitzung geklärt werden. Es hat wirklich Konsequenzen ob man «Liegenschaften» wie es formuliert ist, bucht oder «aus Verkäufe von Liegenschaften». Wenn man sagt «aus Verkäufe», dann geht der HRM 2 Wert nicht hier hinein sondern in das Eigenkapital. René Schäffeler möchte in diesem Punkt nicht dem Änderungsvorschlag der GPK folgen, die eine massive Beschränkung darstellt und erhebliche Auswirkungen auf diese Vorlage hat, sondern schlägt vor, dies so zu lassen wie der Stadtrat dies formuliert hat, Buchgewinne auf Liegenschaften.

**Marcel Waldvogel, parteilos**: Er sieht dies genauso, dass wir «Buchgewinne auf Liegenschaften» hineinschreiben oder man es einfach so lässt.

**Einwohnerratspräsident Jörg Derrer, SP** fragt Marcel Waldvogel, ob er den Antrag stellt, die zwei Punkte in der GPK zurückzunehmen und in der nächsten Revision einzubringen.

**Marcel Waldvogel, parteilos**: Genau, der Punkt **e** ist nicht widersprochen.

**Karin Sigrist, Finanzreferentin**: Sie hätten diesen auch gerne so offen, wie sie ihn gebracht haben. Sie haben sich sehr viel Gedanken gemacht mit dieser Verordnung und deshalb haben sie es so formuliert, wie es hier genannt ist. Finanzreferentin Karin Sigrist hat gesagt, dass sie Verständnis hat, wenn Einschränkungen kommen, das sei die Rolle der GPK.

**Marcel Waldvogel, parteilos** zieht den Antrag zurück, respektive kündigt an, dass er dem Antrag nicht folgen wird.

**Abstimmung:**
**Einwohnerratspräsident Jörg Derrer SP betreffend Antrag GPK** Artikel 15 **a** zu ergänzen mit «Bei Verkauf»
**Ergebnis: 0:12 abgelehnt**

**Abstimmung:**
**Antrag der GPK:** Der Artikel 15 d zu ergänzen mit Zusatz «aus Liegenschaften».
**Ergebnis: 0:12 abgelehnt**

**Abstimmung Antrag GPK**: Der Artikel 15 so sein lassen wie er ist.
**Ergebnis: 12:0 Einstimmig angenommen**

**René Schäffeler, FDP** stellt einen Änderungsantrag betreffend Seite 11, die Ergänzung des Artikel 14-1 mit: «Mit dem Stadtentwicklungsfond sollen die Kosten übernommen werden, die im Hinblick auf die wirtschaftlich kulturelle und juristische Entwicklung von Stein am Rhein entstehen, beziehungsweise Buchverluste auf Liegenschaften getragen werden.»

**Stadtpräsident Sönke Bandixen**: Sein Vorschlag ist direkt den Artikel 15 **a** zu ergänzen mit: «Buchgewinne und Verluste auf Liegenschaften.»

**Karin Sigrist, Finanzreferentin** fügt hinzu, dass sie für einen Absatz 3 im Artikel 14 ist, und dass man bei Absatz 3 «Mit dem Stadtentwicklungsfond können auch Buchverluste auf Liegenschaftsverkäufe gedeckt werden».

**Einwohnerratspräsident Jörg Derrer, SP** bittet nochmals um die Formulierung des Antrages:
**René Schäffeler, FDP** ist dafür, einen separaten Punt: 14.3 zu ergänzen: «Mit dem Stadtentwicklungsfond können auch Buchverluste auf Liegenschaften getragen werden.»

**Abstimmung: Einwohnerratspräsident Jörg Derrer, SP betreffend** Änderungsantrag 14.3:
**Ergebnis: 12:0 einstimmig angenommen.**

**Abstimmung: Einwohnerratspräsident Jörg Derrer, SP**: Antrag 1: Das Vorreglement und die darin geltenden Fonds werden genehmigt. Wer dem zustimmt, bitte um Handzeichen:
**Ergebnis: Der Antrag ist einstimmig angenommen.**
**Einwohnerratspräsident Jörg Derrer, SP**: Antrag 2: Das Vorreglement tritt nach Eintritt der Genehmigung durch den Regierungsrat und Eintritt der Rechtskraft rückwirkend per 1. Januar 2018 in Kraft.

**Karin Sigrist, Finanzreferentin** hat einen Änderungsantrag. Das Vorreglement muss im 2017 in Kraft treten mit Datum 1. Dezember 2017 oder 31. Dezember 2017.

**Einwohnerratspräsident Jörg Derrer, SP**: Dann muss ein Antrag gestellt werden, dass man das Datum ändert und darüber abstimmt. Danach kann man über das andere abstimmen. Als Datum wird entschieden, den 1.12.2017 zu nehmen.

**Abstimmung: Einwohnerratspräsident Jörg Derrer, SP** nochmals zu Antrag 2: Das Vorreglement tritt nach Eintritt der Genehmigung durch den Regierungsrat und Eintritt der Rechtskraft rückwirkend per 1. Dezember 2017 in Kraft. Wer dem zustimmen möchte bitte Hand erheben.
**Ergebnis: 12:0 einstimmig. Das Vorreglement ist angenommen.**

Mitteilung an
mit Protokollauszug:
- Einwohnerrat, Präsident, Jörg Derrer, Bockrain 6, 8260 Stein am Rhein
- GPK, Karina Bänninger, Undergass 22, 8260 Stein am Rhein
- Ablage Ordner Stadtkanzlei
- Ablage

**INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat 03.20.000**

**12. Ersatzwahl in Kommission BLWSU – Boris Altmann, parteilos** 11

**Einwohnerratspräsident Jörg Derrer, SP**: Zur Ersatzwahl in die Einwohnerratskommission Bau, Liegenschaften, Werke, Sicherheit und Umwelt. Laut Artikel 37, Kommissionsmitglieder werden in offener Wahl gewählt.

**Markus Vetterli, SP**: Boris Altmann ist neu bei uns in der Fraktion. Dieser Sitz ist ein SP-Fraktionssitz gemäss den paritätischen Verhältnissen. Die SP Fraktion schlägt Boris Altmann gerne zur Wahl vor. Er ist ein ausgewiesener Baufachmann und kann seine Kompetenzen in dieser Kommission gut einbringen. Einwohnerratspräsident Jörg Derrer bedankt sich bei Markus Vetterli und fragt nach weiteren Vorschlägen. Keine weiteren Vorschläge vorhanden.

**Abstimmung Einwohnerratspräsident Jörg Derrer zur Wahl von Boris Altmann in den Einwohnerrat:**
**Ergebnis:** 11:0 -1 Enthalt - **Boris Altmann ist gewählt**. Wir gratulieren für den neuen Job.

**Einwohnerratspräsident Jörg Derrer, SP** sagt, er möchte gerne um 22 h die Sitzung beenden und stellt deshalb den Antrag die zwei Bauabrechnungen auf die nächste Sitzung zu verschieben, falls es umfassende Voten gibt.

**Karin Sigrist, Finanzreferentin** schlägt vor, die Bauabrechnungen jetzt zu bearbeiten, da nächstes Mal die Jahresrechnung ansteht.

**Werner Käser, FDP**: Er schlägt vor, die beiden Abrechnungen anzunehmen und ermuntert den Rat die beiden Voten kurz zu fassen.

**Einwohnerratspräsident Jörg Derrer, SP** lässt sich überzeugen. Und gibt das Wort an den Stadtrat.

Mitteilung an
mit Protokollauszug:
- Einwohnerrat, Präsident, Jörg Derrer, Bockrain 6, 8260 Stein am Rhein
- GPK, Karina Bänninger, Undergass 22, 8260 Stein am Rhein
- Ablage Ordner Stadtkanzlei
- Ablage

**INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat** **03.20.000**

**BAU, Städtische Anlagen, Strandbad** **00.20.020**

**BAU, Wasserversorgung, Wasserversorgung** **00.50.020**

## 13. Genehmigung Bauabrechnung Sanierung Strandbad, Riipark und Sanierung Grundwasserpumpwerk Etzwilen 12

**Baureferent Christian Gemperle** zu der Bauabrechnung «Sanierung des Strandbades Rhiipark». Wie man sieht, geht es um zwei Kreditabrechnungen, die genehmigt werden müssen. Die Erste ist die Planungskreditabrechnung auf Seite 1. Bei dieser Planungskreditrechnung waren zwei verschiedene Projekte geplant, die dann jedoch nach Abschluss der Planung wegen zu hohen Kosten wieder verworfen wurden. Daraus ergab sich ein Kredit, der im Jahre 2015 vom Volk genehmigt wurde mit Begrenzung auf 600 000.00 CHF. Nach Abschluss ist es zu Mehrkosten gekommen und zwar in der Höhe von CHF 13'399.25. Dies sind 2.2 % mehr als genehmigt worden sind. In diesem Kredit machen die Architektur- und Planungsleistungen ungefähr 89'000.00 CHF aus, also ca. 15 % der Kosten.
Zum Antrag auf Seite 3: «Die Bauabrechnung des Baukredites mit Mehrkosten von 13'399.25 gegenüber dem vom Stimmvolk genehmigten Baukredites sowie Finanzkredites sei zu genehmigen.

**Einwohnerratspräsident Jörg Derrer, SP**, kommt zum Eintreten:
- Die SP-Fraktion: ist für das Eintreten
- Die dritte Fraktion: ist für das Eintreten
- Die bürgerliche Fraktion: sind für Eintreten

**Marcel Waldvogel, parteilos**: Die GPK empfiehlt, da ursprünglich für einen weit höheren Betrag geplant worden ist, zukünftig eine moderatere Bearbeitung der Projekte vorzusehen.
*Bei unserer Kontrolle der Bauabrechnung sind wir in der GPK nicht auf Sachverhalte gestossen, aus denen wir schliessen müssten, dass die Bauabrechnung nicht den buchhalterischen und gesetzlichen Grundlagen entspricht. Wir beantragen dem Einwohnerrat deshalb die Bauabrechnung «Sanierung Strandbad Rhiipark» zu genehmigen.*

**Einwohnerratspräsident Jörg Derrer, SP**: Kommen wir zur Detailberatung. Seite 1-3 sowie der Zusatz Planung Strandbad sind in Ordnung.

**Abstimmung: Einwohnerratspräsident Jörg Derrer, SP**
Antrag: Die Bauabrechnung des Baukredites mit Mehrkosten von 13'399.25 CHF gegenüber dem vom Stimmvolk genehmigten Baukredites sowie des Planungskredites sei zu genehmigen.
**Ergebnis: 12:0 - Der Antrag ist einstimmig angenommen.**

**Einwohnerratspräsident Jörg Derrer, SP**: Zur zweiten Bauabrechnung:

**Thomas Schnarwiler, Werk- und Sicherheitsreferent**: Auf der zweiten Bauabrechnung ist zu sehen, dass die Rechnung gut 131'000 CHF überzogen wurde. Dies sei entstanden, weil man zu Beginn nur von der Erneuerung Sanierung Pumpwerk und von der Steuerung gesprochen hat aber nicht von den Aussenwerken. Diese wurden von der ersten Planungsstelle nicht mit einbezogen. Im Nachhinein wurde bemerkt, dass die Aussenwerke angepasst werden mussten und dies ergab eine Zeitverzögerung und Mehraufwand der rund 131'000 CHF.

**Marcel Waldvogel, parteilos** möchte kurz die Aussage von Thomas Schnarwiler noch etwas positiver formulieren. Die GPK ist sehr erfreut, dass hier ein Kostenbewusstsein und auch ein Standardisierungsbewusstsein da ist (siehe Pumpenhäuschen, das sich an bestehende Planungen anlehnt). Die GPK ist erfreut, dass im Stadtrat und in der Bauverwaltung ein solches Bewusstsein existiert.

*Bei der Kontrolle der Bauabrechnungen sind wir als GPK nicht auf Sachverhalte gestossen, aus denen wir schliessen müssten, dass die Bauabrechnung nicht den buchhalterischen und gesetzlichen Grundlagen entspricht. Wir beantragen dem Einwohnerrat deshalb die Bauabrechnung «Erneuerung und Sanierung Grundwasserpumpe Etzwilen mit neuen Transportleitungen» zu genehmigen.*

- SP-Fraktion: ist für das Eintreten
- Dritte Fraktion: ist für das Eintreten
- Bürgerliche Fraktion: stimmt zum grössten Teil mit dem GPK überein und sind für das Eintreten.

**Einwohnerratspräsident Jörg Derrer, SP**: Zur Detailberatung Seite 1-2:

**Boris Altmann, parteilos** ist aufgefallen, dass im Punkt 124 Elektroinstallationen, Dachdecker und Malerarbeiten schon bei der Planung etwa falsch gelaufen sei, was auch bestätigt wurde. Er hofft, dass in Zukunft besser auf das Ausgabenmanagement geachtet wird.

**Einwohnerratspräsident Jörg Derrer, SP** weiter Detailplanung: Seite 3-4:

**Gian Luca Marchetto, SVP**: Der GPK ist aufgefallen, dass bei einzelnen Arbeitsbereichen Unternehmer nicht eingereicht haben und das auch die Vergabekriterien nicht ersichtlich sind. Hier bittet Gian Luca Marchetto zukünftig den Rayon für Unternehmer in der Region zu erweitern mit klaren Vergabekriterien.

**Abstimmung: Einwohnerratspräsident Jörg Derrer, SP** kommt zum Antrag: «Die Bauabrechnung des Baukredites mit Mehrkosten von 131'982.81 CHF gegenüber dem vom Stimmvolk genehmigten Baukredites sowie des Planungskredites mit Mehrkosten von 6'254.35 CHF gegenüber dem bewilligten Planungskredit sei zu genehmigen.

**Ergebnis: 12:0 Einstimmig. Die Rechnung ist einstimmig angenommen.**

Mitteilung an
mit Protokollauszug:
- Einwohnerrat, Präsident, Jörg Derrer, Bockrain 6, 8260 Stein am Rhein
- GPK, Karina Bänninger, Undergass 22, 8260 Stein am Rhein
- Ablage Ordner Stadtkanzlei
- Ablage

**INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat** **03.20.000**

## 14. Allgemeine Umfrage 13

**Werner Käser, FDP** äussert sich betreffend Winterdienst. Ihm ist aufgefallen und wurde auch von aussen an ihn herangetragen, dass diesen Winter die Fusswege wenig bis gar nicht gesäubert wurden. Stattdessen wurden überdimensionale Tafeln mit der Aufschrift (Reduzierter Winterdienst) aufgestellt. Dies sei nicht so gut angekommen. Werner Käser bittet den Stadtrat, dass man den nächsten Winter wieder den gewohnten Winterdienst fährt.

**Thomas Schnarwiler, Werk- und Sicherheitsreferent** erklärt, dass der Winterdienst genau gleich gehandhabt wurde wie bis anhin. Die Tafeln allerdings seien zu gross, dies hätten sie verstanden.

**Stadtpräsident Sönke Bandixen** bestätigt, dass es eine Fehlleistung vom Stadtrat und der Verwaltung war: Es wird angeschaut und korrigiert. Hier muss der Stadtrat sagen, das war nicht gut.

**Cornelia Dean-Wüthrich, SP** fragt, was betreffend Tempo 30 bei der neuen Überbauung im Degerfeld unternommen wird, da ja im Sommer die neuen Wohnungen bezogen werden, was ein höheres Verkehrsaufkommen mit sich zieht.

**Thomas Schnarwiler, Werk- und Sicherheitsreferent** informiert, dass sie generell daran sind, dass ganze Quartier anzuschauen, auch betreffend Thema Zu- und Wegfahrt. Auch der Bereich Kaltenbach ist in Bearbeitung. Sie sind ganzheitlich in einer Kommission daran abzuklären, wie sich dies mit den Tempozonen genau verhält. Im Zonenplan ist Tempo 30 bereits ausgeschildert und enthalten.

**Stadtpräsident Sönke Bandixen**: Der Stadtrat hat am 12. April 2018 zu den kleinen Gesprächen eingeladen. Wir haben den Präsidenten und die Präsidentin eingeladen, jeweils einen Vertreter pro Partei die im Parlament oder in der Exekutiven vertreten sind sowie die Fraktionssprecher. Es ginge nicht darum, ein grosses bestimmungsfähiges Gremium zu haben, sondern es gibt eine Einladung, eine Traktandenliste sowie ein Nachtessen, aber kein Protokoll. Der Hintergrund ist, dass der Stadtrat den Wunsch geäussert hat, in kleinem Kreise politische Themen und Schwerpunkte anzusprechen.

**Baureferent Christian Gemperle macht ein paar Mitteilungen aus der Bautätigkeit der Stadt Stein am Rhein**.

**Kindergarten Mühlebach:** Hier sind sie mit der Terminplanung in Verzug gekommen und hoffen jetzt, dass sie mit schönem Wetter dies wieder wegmachen können. Die Verzögerung ist entstanden, da in der kalten Woche im Februar die geplanten Dachdecker nicht auf das Dach konnten. Zudem konnten die Unterlagsböden wegen den tiefen Temperaturen nicht zeitgerecht erstellt werden. Man hat ausserdem Mehrkosten schon ganz zu Anfang beim Bau, die bei den Aushubarbeiten entstanden sind in der Höhe von etwa 31'000 CHF. Dies vor allem wegen der Entsorgung von Bauschutt, da ca. 30 grosse Betonblöcke à ca. 600 kg ungeplant aufgetaucht sind. Sie hatten auch noch einige Mehrkosten gegenüber dem Kostenvoranschlag beim Anschluss an den Wärmeverbund. Hier waren viele Regiearbeitsstunden zusätzlich nötig, um an die tiefliegenden Leitungen heran zu kommen.

**Zur Sanierung vom Alterszentrum:** Hier wurde ein Baugesuch ausgearbeitet. Dieses wird am 13. April 2018 im Amtsblatt publiziert. Beim Projektreview, das ja allen bekannt ist, hat es zwei wesentliche Änderungen gegeben. 1. Die Dachform. Hier ist man von der ursprünglichen Walmdach-Form zu einer Flachdachversion bei den 3 Anbauten im hinteren Teil vom Altersheim gewechselt. Zudem sind in die Planung zusätzlich mindestens 25 Parkplätzen mit aufgenommen worden. Dies sei aus einem Stadtratsantrag entstanden.

Für das Protokoll
Stein am Rhein, 22.04.2018

Claudia Goldbeck